

**DIE LINKE.** Stadtverband Pirmasens

**ORIGINAL  
SOZIAL**

**Für ein soziales und ökologisches Pirmasens**

**Programm zu den Stadtratswahlen 2009**

Herausgeber

**DIE LINKE.** Pirmasens

Postfach 2206  
66930 Pirmasens

V.i.S.d.P: Frank Eschrich

**[www.die-linke-ps.de](http://www.die-linke-ps.de)**

# Für ein soziales und ökologisches Pirmasens

## Mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung

Jeder Mensch lebt in einer Kommune und ist damit direkt und unmittelbar von der dort praktizierten Politik betroffen. Ein Großteil der Verwaltungsleistungen wird in der Kommune erbracht und diese Leistungen sind in hohem Maße von den Politikern der kommunalen Ebene beeinflussbar.

Auf dieser Ebene liegen die größten Potentiale für zivilgesellschaftliches Engagement, Partizipation und für aktives Mitgestalten. Hier findet sich die Chance einer intensiven Kommunikation zwischen Politik und Bürgern. Direkte Demokratie, Partizipation und Transparenz der repräsentativen Demokratie müssen eng miteinander gekoppelt und gemeinsam weiterentwickelt werden. Die Gesellschaft mit gestalten, politische Entscheidungen beeinflussen - dies kann für Bürgerinnen und Bürger nur dann sinnvoll möglich sein, wenn sie über die nötigen Sachinformationen verfügen und Entscheidungsstrukturen transparent sind.

Um die Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, sind gravierende Änderungen in den Wahlgesetzen und Wahlordnungen auf Bundes- und Landesebene notwendig, für die wir uns politisch einsetzen wollen und die daher auf die politische Agenda der Stadt Pirmasens gehören.

Bisher sind Haushaltsentscheidungen über den Einsatz kommunaler Finanzmittel von der direkten Bürgerbeteiligung ausgeschlossen. DIE LINKE fordert daher die Einführung von partizipativen Bürgerhaushalten. Bevor das Stadtparlament den Haushalt beschließt, sollen die Bürgerinnen und Bürger in Stadtteilversammlungen festlegen, was sie für besonders wichtig halten. Die direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger daran, welche Investitionen getätigt werden, hat sich nicht nur als demokratisch, sondern auch als sehr effektiv erwiesen. Inzwischen wird die Methode des partizipativen Haushalts weltweit praktiziert.

Diese Form der demokratischen Konsolidierung unter Einbezug von externem Sachverstand bei Haushaltsentscheidungen sollte als Chance zur Einbeziehung neuer Ideen und Konzepte verstanden werden. Erst wenn die Menschen vorhandene Investitionsmittel zu ihren Gunsten umverteilen können, geht die Macht tatsächlich vom Volke aus.

### **DIE LINKE. Pirmasens fordert:**

1. Senkung des aktiven und passiven Wahlalters auf 16 Jahre.
2. Kommunales Wahlrecht auch für Einwohner aus Nicht-EU-Staaten, die ihren ständigen Wohnsitz in der Bundesrepublik haben.
3. Teilnahme von Einwohnern aus Nicht-EU-Staaten an Bürgeranträgen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden. Einführung eines kommunalen Petitionsrechtes.
4. Vollständige Gleichstellung der Geschlechter und Lebensweisen sowie die Gleichberechtigung unterschiedlicher Weltanschauungen, Religionen und der ethnischen Herkunft müssen auch auf kommunaler Ebene gewährleistet sein. Ein wesentlicher Beitrag zur Vollendung der Demokratie ist der Prozess Gender Mainstreaming, der auch in Pirmasens verstärkt Einzug halten muss.
5. Verzicht auf Ausschlusskataloge für die direkte Demokratie. Stattdessen mehr Möglichkeiten zu allen Fragen, zu denen die kommunalen Vertretungen Entscheidungen treffen können, Bürgerbegehren durchzuführen.

6. Moderate Beteiligungsquoten von maximal 10 Prozent und deren deutliche Absenkung, je mehr Einwohnerinnen und Einwohner in der jeweiligen Kommune leben sowie Entscheidungen auf Grund einfacher Mehrheiten.

7. Einfache und kostengünstige Verfahren für kommunale Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sowie barrierefreie web-Seiten für Wahlen, Bürgerentscheide und Bürgermitsprache. Ziel ist die gleichberechtigte, partnerschaftliche Kommunikation zwischen Politik, Verwaltung und Einwohnern.

8. Gesetzliche Pflicht, mittel- und langfristige Planungen im Vorfeld mit den Einwohnern zu entwickeln, zu beraten und zu entscheiden. Rede- und Antragsrecht für Bürgerinitiativen bei sie betreffenden Themen in den kommunalen Vertretungen.

9. Direkte Einflussmöglichkeiten auf Haushaltsentscheidungen durch die Einführung eines kommunalen Bürgerhaushaltes. Nach Einberufung dezentraler Einwohnerversammlungen stellen Bürgerinnen und Bürger ihre Vorschläge und Projekte für den kommunalen Bürgerhaushalt vor. Diese Konzepte werden zur Abstimmung gebracht und in einer Prioritätenliste zusammengefasst, die in die Haushaltsplanung des Stadtrates einfließen.

10. Bildung eines Jugendbeirates, Frauenbeirats, Kulturbeirats, eines Beirats für wirtschaftliche Entwicklung, eines Integrationsbeirats und eines Behindertenbeirats. Alle Beiräte der Stadt Pirmasens sollen mehr Mitbestimmungsrechte, insbesondere spezifische Antrags- und Vetorechte, erhalten.

### **Öffentliche Daseinsvorsorge erhalten und ausbauen**

Kommunale Daseinsvorsorge zur Sicherung der Lebensqualität muss sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung, besonders der sozial Schwächsten, ausrichten. Öffentliche Dienste und Daseinsvorsorge dürfen nicht unter dem Primat des „freien Wettbewerbs“ und des „Rückzugs des Staates aus der Wirtschaft“ behandelt werden. Was wichtig und lebensnotwendig für alle ist, gehört in öffentliche Hand, demokratisch kontrolliert und geführt. Die Grundversorgung mit den notwendigen Gütern und Dienstleistungen, vom Wasser über Bildung und Gesundheit bis zum Zugang zu Wissen und Kommunikation dürfen nicht den Gesetzen der Profitmaximierung unterworfen werden. Wenn gar privatisiert wird, um Gewinne mit den Grundbedürfnissen der Menschen in einer sozialen und demokratischen Gesellschaft zu machen, dann sind vertiefte soziale Spaltung, Ausgrenzung und Preistreiberei die Folge.

Eine Privatisierung dieser zum Leben notwendigen, elementaren Bereiche geht immer mit dem Verlust öffentlicher Mitsprachemöglichkeiten einher. Sind erst alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge privatisiert, hat sich die Politik selbst überflüssig gemacht und die Entscheidungshoheit an wirtschaftliche Interessen abgetreten. Da in der Regel nur gewinnträchtige kommunale Eigenbetriebe privatisiert werden, während Zuschussbetriebe in der öffentlichen Hand verbleiben, gehen der Stadt Einnahmen verloren, was zu weiterer Verschuldung führt.

Wir sehen in der Kommunalwirtschaft die tragende Säule der kommunalen Daseinsvorsorge und wollen diese ausbauen.

### **DIE LINKE. Pirmasens fordert:**

1. Keine weitere Privatisierung von öffentlichem Eigentum. Organisationsprivatisierungen sind nur dann durchführbar, wenn die Stadt Pirmasens alleiniger Gesellschafter der privatisierten Unternehmung bleibt und dadurch steuerliche Vorteile genutzt werden können. Bei PPP-Projekten (public-private-partnership) ist darauf zu achten, dass die öffentliche Kontrolle und Steuerung der Mittelvergabe, die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen sowie die tarifliche und arbeitsrechtliche Absicherung der Beschäftigten gewährleistet bleiben.

2. Rekommunalisierung der Stadtwerke Pirmasens Versorgungs-GmbH durch Rückführung der Geschäftsanteile privater Energiekonzerne in die öffentliche Hand. Auch die Gewinne aus dem Strom- und Gasgeschäft der Stadtwerke Versorgungs-GmbH sollen in Pirmasens bleiben, nicht nur die damit verbundenen Kosten!
3. Erhalt und Ausbau der kommunalen Daseinsvorsorge unter demokratischer und sozialer Kontrolle des Stadtrates.
4. Erhalt des Querverbands und der Möglichkeit, Gewinne und Überschüsse aus dem Energiesektor für andere Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge einzusetzen (Quersubventionierung).
5. Erhalt des städtischen Krankenhauses und des Freizeitbades „Plub“ unter öffentlich-rechtlicher Kontrolle und im Eigentum der öffentlichen Hand. DIE LINKE Pirmasens unterstützt die Aktion „Rettet die Krankenhäuser“.
6. Langfristiger Ausstieg aus der Müllverbrennung durch Rückbau überflüssiger Verbrennungskapazitäten bei gleichzeitigem Einstieg in die mechanisch-biologische-Abfallverwertung. Keine Verbrennung von Fremdmüll im Pfälzerwald zu Dumping-Preisen! Kein Mülltourismus durch das Biosphärenreservat!
7. Neustrukturierung der Müllgebührensatzung unter Berücksichtigung von Abfallvermeidung, Anreizen zur Wiederverwertung und des tatsächlichen Müllaufkommens der Haushalte. Ausstieg aus der unsozialen Pro-Kopf-Berechnung der Müllgebühren.
8. Neustrukturierung der Friedhofssatzung unter der Maßgabe sozial verträglicher Preisgestaltung. Ächtung von Kinderarbeit bei der Herstellung von Grabsteinen durch Übernahme des Qualitätssiegels „Xertifix“ in die Friedhofssatzung für zulässige Grabsteine.
8. Bezahlbarer Wohnraum für alle. Sanierung, Neuordnung, Sicherung und Stabilisierung des städtischen Wohnungsbestandes. Keine Privatisierung des sozialen Wohnungsbaus!

### **Für eine bedarfsorientierte kommunale Sozial- und Gesundheitspolitik**

Kommunale Gesundheits- und Sozialpolitik als ein Kernbereich öffentlicher Daseinsvorsorge muss sich den neuen Herausforderungen, die sich aus den konkreten Lebenslagen der Bevölkerung ergeben, stellen: der hohen und lang anhaltenden Massenarbeitslosigkeit, der wachsenden Kinderarmut, den Defiziten in der Migrations- und Integrationspolitik sowie dem demografischen Wandel, der mit einer Änderung der Familien- und Haushaltsstrukturen verbunden ist. Das erfordert nach Auffassung der LINKEN eine grundsätzliche Neuorientierung kommunaler Sozial- und Gesundheitspolitik: Es ist unverzichtbar, dass allen Bürgerinnen und Bürgern ein System ambulanter und stationärer Einrichtungen zur Verfügung steht, das ihnen den Erhalt oder die Wiederherstellung ihrer Gesundheit, unabhängig von ihrer sozialen Lage, sichert. Die medizinische Versorgung der Bevölkerung ist eine Pflichtaufgabe der Länder und soll es bleiben. Zweiklassenmedizin und privatisierte Krankenhausketten lehnen wir deshalb entschieden ab.

Der Gegensatz von Arm und Reich hat sich in Pirmasens weiter zugespitzt. Zwar ist die Arbeitslosigkeit statistisch leicht gesunken, jedoch müssen immer mehr Einwohnerinnen und Einwohner mit einem geringen Einkommen leben. Viele sind gezwungen, zusätzliche Leistungen in Anspruch zu nehmen. Besonders betroffen sind Familien mit Kindern: Jedes dritte Kind in Pirmasens lebt in Armut und muss mit 2,75 Euro am Tag sein Leben bestreiten. Die Kosten für die Unterkunft für Hartz-IV-Empfänger entsprechen angesichts ständig steigender Nebenkosten längst nicht mehr dem realen Bedarf und müssen angepasst werden.

Leistungsgesetze des Landes für den sozialen Bereich, wie das Blindengeldgesetz, das Kindertagesstättengesetz oder die Gewährung von Erziehungsgeld müssen bedarfsorientiert ausgestaltet werden und nachhaltig Armut und Ausgrenzung verhindern. Eine Neugestaltung des Sozialhilfelastenausgleichs soll die finanzielle Situation in den Kommunen soweit verbessern, dass sie mehr Spielraum bei der Erfüllung ihrer Pflichtaufgaben bei der sozialen Daseinsvorsorge erhalten.

Immer mehr Bürgerinnen und Bürgern ist es nicht mehr möglich, am kulturellen Leben der Stadt teilzunehmen. Auch empfundene Armut außerhalb formaler Definitionen führt zur Vereinsamung und Resignation und für die Betroffenen zum Verlust ihrer Würde.

### **DIE LINKE. Pirmasens fordert:**

1. Rigoroser Abbau der 1-€ Jobs und Umwandlung in reguläre Arbeitsverhältnisse in einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS, Siehe auch „Kommunale Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik“).
2. Einrichtung einer unabhängigen Sozialberatung.
3. Beteiligung betroffener Langzeitarbeitslosen im Fachbeirat der Jobbörse Pirmasens durch Vertreter.
4. Deutliche Anhebung der Auszahlung der Kosten der Unterkunft (KdU) durch Anpassung an die tatsächlichen Mietpreise und Energiekosten vor Ort. Erstellung eines aktuellen und öffentlich zugänglichen Mietspiegels durch unabhängige Sachverständige.
5. Einführung eines „Sozialpasses“ mit starken Ermäßigungen für den Besuch von sozialen und kulturellen Einrichtungen. Kostenloser Eintritt für alle Kinder bis 16 Jahre im „Dynamikum“ und anderen städtischen Einrichtungen.
6. Einführung einer kommunalen Schulbeihilfe zur Übernahme der Kosten für Schulmaterial unabhängig vom Regelsatz des ALG II nach dem Beispiel vieler Kommunen.
7. Finanzielle Sicherung eines kostenlosen Mittagessens für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche.
8. Einführung eines Sozialtarifes für Energie. Übernahme von 50 Prozent des Energiegrundpreises für sozial Bedürftige.
9. Abschaffung der Kontoführungsgebühren bei der Kreissparkasse für ALG-II-Empfänger und Abschaffung städtischer Gebühren für Personalausweise, Beglaubigungen etc. für Hartz-IV-Betroffene.
10. Ausbau des Angebotes bezahlbarer Plätze in städtischen Seniorenwohnheimen.
11. Sicherstellung eines flächendeckenden Angebotes leistungsfähiger Einrichtungen der medizinischen Versorgung, Gesundheitsvorsorge und Pflege.
12. Konsequente Kontrolle der tatsächlich entstandenen Pflegekosten und unabhängige Qualitätskontrollen in Pirmasenser Pflegeheimen.
13. Veröffentlichung von Prüfberichten zur Qualität und personellen Besetzung der Heime sowie die Sicherstellung der fachärztlichen Betreuung.
14. Sofortige Erhöhung des Personalschlüssels im städtischen Krankenhaus und anderen kommunalen Einrichtungen der medizinischen Versorgung und Pflege, insbesondere und ausdrücklich vorgeschrieben auch für die Nachtschichten.

15. Ein Einkommen über dem Mindestlohn für Pflegeberufe und einen guten Tarifvertrag für alle kommunalen Beschäftigten in Pflegeberufen sowie die entsprechende Refinanzierung durch den Sozialhilfeträger.

16. Ausreichende Finanzierung der Angebote von Trägern und Vereinen der Sozial- und Jugendarbeit sowie die Neueinrichtung von Bürgerhäusern als sozialen Begegnungsstätten in allen Stadtteilen.

17. Vermittlung von Partnerschaften zwischen Wirtschaftsunternehmen und sozialen Einrichtungen für sozial schwache und benachteiligte Bürgerinnen und Bürger (z.B. Die Tafel).

### **Chancengleichheit in der Bildung herstellen**

DIE LINKE lehnt eine Reduktion von Bildung auf die Verwertbarkeit von Wissen und Kompetenzen für wirtschaftliche Ziele ab. Bildung ist sowohl Kulturgut und Voraussetzung für Emanzipation als auch ökonomische Produktivkraft. Bildung ist individuelles Vermögen, das zur Mitbestimmung befähigt und damit gesellschaftlich positiv wirkt. Um den Kreislauf von Armut, Bildungsbenachteiligung, Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung durchbrechen zu können, ist Bildung ein geeignetes Mittel und wichtigste Voraussetzung. Notwendig ist eine innere und eine äußere Reform des Bildungswesens, die zwei Elemente miteinander verknüpft: eine breite Beteiligung an Bildungsgängen (Quantität), die zu höheren Abschlüssen führen, und die Sicherung eines hohen Leistungsniveaus (Qualität).

Die Kommunen müssen finanziell und personell in die Lage versetzt werden, ihren Pflichtaufgaben im Bereich Schule gerecht werden zu können. Dabei ist auf eine strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips (wer bestellt, bezahlt) zu achten, damit die kommunalen Haushalte nicht weiter belastet werden. Das Schulnetz darf nicht ausgedünnt, sondern muss bedarfsorientiert erweitert und ausgebaut werden. Es gilt das Motto „kurze Wege für kurze Beine“. Schulgebäude und Lernmittel müssen modernsten baulichen und pädagogischen Maßstäben genügen und Schule zu einem Ort machen, den Kinder und Jugendliche gerne besuchen.

Bildung beginnt nicht erst in der Schule. Die Kindertagesstätten sind die erste Bildungseinrichtung, in der Kinder unterschiedlicher Herkunft soziale Integration und spielerische Lernanreize erfahren. Deshalb müssen die Kommunen ausreichende Plätze in Krippen, Kitas und Horten schaffen. Es ist ein Skandal, dass Rheinland-Pfalz als eines von wenigen Bundesländern bisher keine finanziellen Mittel für die Kinderbetreuung aus dem zur Verfügung stehenden Budget des Bundessozialministeriums beantragt hat.

Die Landesregierung will die sogenannte „Realschule Plus“ einführen. Diese Schulform lehnt DIE LINKE ab. Dieser Kompromiss aus Regionalschule (zusammengefasste Hauptschule und Realschule), Gemeinschaftsschule und Gymnasium erhält das dreigliedrige Schulsystem unter neuer Bezeichnung aufrecht und trägt nichts zur Verbesserung der schulischen Praxis bei.

DIE LINKE fordert stattdessen eine klare Abkehr vom gegliederten Schulsystem, das insbesondere Kinder aus weniger begüterten Familien von höheren Bildungsabschlüssen fernhält. Wir fordern eine Schule für alle, eine integrierte Gemeinschaftsschule nach skandinavischem Vorbild, in der die Kinder gefördert und nicht aussortiert werden. Die Lehrerausbildung sowie die Ausstattung der Schulen müssen entsprechend angepasst werden.

### **DIE LINKE. Pirmasens fordert:**

1. Ein bedarfsorientiertes Angebot an Kindertagesstätten.

2. Kostenfreier Besuch von Kitas und kostenfreie Verpflegung der Kinder. Einführung einer kostenlosen Hausaufgabenhilfe unter finanzieller Trägerschaft der Stadt Pirmasens.

3. Bessere personelle, qualitative und quantitative Ausstattung von städtischen Kindergärten und Kitas.
4. Flächendeckende Einführung von integrierten Gemeinschaftsschulen als gut ausgestattete Ganztagschulen im Stadtgebiet. Mehr Ausbildungsplätze in der Verwaltung und in kommunal beeinflussbaren Unternehmen.
5. Ausstattung der Schulen mit sozialpädagogischem Fachpersonal und gut ausgebildeten kommunalen Hilfskräften.
6. Bedarfsorientierte Sanierung, Modernisierung und Ausstattung der Schulen. Dahingehende Investitionen müssen Vorrang haben und dürfen nicht der Sachzwang-Logik untergeordnet werden.
7. Bedarfsorientierte Finanzierung der Volkshochschule, von Weiterbildungseinrichtungen und Einrichtungen des Zweiten Bildungswegs. Das Angebot muss breit gefächert und für jeden finanzierbar bleiben. Es müssen Kurse für Schulabschlüsse und Alphabetisierung angeboten werden.

### **Kommunale Selbstverwaltung stärken und Verwaltungseinheiten demokratisieren**

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass politische Diskussions- und Entscheidungsprozesse grundsätzlich für die Teilnahme der Bevölkerung geöffnet werden. Wir wollen, dass die kommunalen Vertretungen und Verwaltungen die bereits vorhandenen Möglichkeiten intensiv und regelmäßig nutzen. DIE LINKE tritt für unbedingte Transparenz und eine nachhaltige Demokratisierung in der Arbeitsweise von Kommunalvertretungen ein. Nur so wird es auch möglich sein, dass sich die gewählten Vertretungen aus der Abhängigkeit von Verwaltungen lösen können. Wir wollen, dass sich die Verwaltung zu einer sozialen, kompetenten und bürgernahen Dienstleistungsverwaltung für die Einwohnerinnen und Einwohner entwickelt.

DIE LINKE fordert die Erstellung einer lokalen Demokratiebilanz. Dabei sollen die Partizipations- und Entscheidungsprozesse auf ihre basisdemokratische Qualität geprüft, angekündigte Maßnahmen auf ihre Einhaltung kontrolliert, eingeleitete Schritte auf ihre demokratische Effektivität hin evaluiert und Schlussfolgerungen für den weiteren Ausbau der lokalen Demokratie gezogen werden.

Demokratie lebt von Beteiligung, d.h. von vielfältigen Möglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger, sich in die eigenen Angelegenheiten einzumischen. Verstanden als Bereicherung des gesellschaftlichen Lebens, nicht als billiger Ersatz für Leistungen, die die Stadt nicht mehr erbringen kann oder will. Bürgerschaftliches Engagement benötigt eine entsprechende materielle, finanzielle und kommunale Infrastruktur. DIE LINKE tritt für eine umfassende Förderung des bürgerschaftlichen Engagements vor allem deshalb ein, weil sich darin Willen und Fähigkeit der Einwohnerinnen und Einwohner widerspiegeln, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen. Dahinter steht die Idee, dass die demokratischen und sozialen Strukturen unserer Kommune durch die aktiv handelnden, an den gemeinschaftlichen Aufgaben teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger mit Leben erfüllt, verändert und auf zukünftige kommunale Bedürfnisse zugeschnitten werden

### **DIE LINKE. Pirmasens fordert:**

1. Eine den örtlichen Bedingungen angepasste, von Eigenverantwortung getragene, von gewählten Vertretungen kontrollierte und durch bürgerschaftliches Engagement gestärkte, transparente lokale Selbstverwaltung.
2. Ständige Überprüfung und Anpassung des Aufgabenkatalogs der Verwaltung entsprechend den sich veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

3. Notwendige Wandlungsprozesse in den Verwaltungsstrukturen schnell und zuverlässig einleiten. Schaffung und Stärkung von Stadt- und Ortsteilvertretungen, indem sie vor allem über eigene Haushaltsmittel verfügen können.
4. Möglichkeiten der Einflussnahme auf das Verwaltungshandeln durch die Bürgerinnen und Bürger anhand von umfassenden Informations- und Akteneinsichtsrechten ohne bürokratische Beschränkungen.
5. Radikale Vereinfachung und Ausrichtung der Verwaltungsabläufe an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen und transparente Vergabepraktiken bei öffentlichen Aufträgen.
6. Verstärkte Einrichtung von zentralen Anlaufstellen und breitere Möglichkeiten zum Behördengang per Internet sowie bewusste Herbeiführung von Bürgerentscheiden durch die kommunalen Selbstverwaltungsorgane.
7. Qualifizierte und ausreichende Personalausstattung der Ämter und Behörden, insbesondere des Jugendamtes. Das Jugendamt ist verpflichtet, alle Möglichkeiten des Kinder-, und Jugendhilfegesetz (KJHG) auszuschöpfen. Der Schwerpunkt sollte auf niedrigschwelligen Angeboten wie Erziehungsberatung, soziale Gruppenarbeit und der ambulanten Hilfen liegen. Auf der kommunalen Ebene muss alles dafür getan werden, dass Kinder in schwierigen Lagen schnelle und unbürokratische Hilfe durch kommunale Einrichtungen finden.
8. Weniger hoch dotierte Chefpositionen und dafür mehr Dienstbereitschaft an der Basis.
9. Ein System von dauerhaft vertretbaren, bezahlbaren und sozial gerechten Kommunalabgaben herstellen. Sofortige Rückkehr zu verfassungskonformen Verhalten bei den Gebührensatzungen. Die Bürger dürfen nur mit den tatsächlichen Kosten belastet und nicht wie z.B. den Müllgebühren Gewinne an den Bürgern vorbei transferiert werden.
10. Beschluss eines Informationsfreiheitsgebotes als Satzung der Stadt Pirmasens zur Gewährleistung eines freien Zugangs zu allen in den öffentlichen Verwaltungen existierenden Informationen. Einsicht in Akten der Verwaltung ist allen Bürgerinnen und Bürgern kostenfrei und zeitnah zu gewähren.
11. Schaffung von Rahmenbedingungen, die Amtsmissbrauch und Korruption verhindern. Der Stadtrat hat Kriterien zu erarbeiten, an die sich sowohl Verwaltung als auch Politik strengstens zu halten haben. Jeder Verstoß dagegen muss sofort veröffentlicht werden. Alle bekannt werdenden Verstöße sind in ein öffentlich zugängliches Korruptionsregister einzutragen. Freiwillige Selbstverpflichtung zur Offenlegung aller relevanten Daten zu Mitgliedschaften und Tätigkeiten in Aufsichts- und Beiräten.
12. Ehrenamtliche Arbeit darf kein Ersatz für hauptamtliche Tätigkeiten werden. Deshalb fordern wir ein rheinland-pfälzisches Ehrenamtsgesetz, das klare Trennlinien zwischen hauptamtlicher Tätigkeit und Ehrenamt gewährleistet und im konkreten Einzelfall benennt.
13. Ausreichende finanzielle Förderung von Ehrenämtern und bedarfsorientierte Rückerstattung von Auslagen.
14. Verstärkte Offenlegung der Entscheidungen und Finanzangelegenheiten kommunaler Betriebe und Beteiligungen. Transparenz in der Dotierung und Vertragsbesonderheiten von Führungspersonal in Stadtwerken, Stadtkrankenhaus und anderen städtischen Unternehmen.



## **Kommunale Friedenspolitik und Kampf gegen Rechtsextremismus fördern**

Es gibt Alternativen zu kriegerischen Auseinandersetzungen. Zivile Konfliktlösungen müssen auf allen Ebenen vorangetrieben und eingeübt werden. Dabei bildet die Kommune keine Ausnahme, sondern ihr überschaubarer Rahmen bietet sich an, eine gewaltfreie Konfliktlösung zu erlernen. Die Förderung von gewaltfreier Erziehung und die Einübung toleranter Verhaltensweisen ist ein wichtiger Bestandteil kommunaler Friedenspolitik.

Neonazistische Organisationen und rechtsextremistische Parteien, die soziale Missstände für ihre Hetze ausnutzen, propagieren gewaltsame Konfliktlösungen. Sie haben eine menschenverachtende, rassistische Ideologie und schaffen Unfrieden im Zusammenleben gerade vor Ort. Deshalb ist es Aufgabe der Kommune, öffentliche Aufklärung zu betreiben und zu fördern, um rechtsextremistischen Gedankengut den Boden zu entziehen.

### **DIE LINKE. Pirmasens fordert:**

1. Unterstützung von Bürgerinitiativen, Umweltverbänden und anderen bürgerschaftlichen Zusammenschlüssen, die sich für eine friedliche und ökologische Nutzung ehemaliger Militärgelände einsetzen.
2. Schaffung und Unterstützung von kommunalen Friedensnetzwerken, die einen umfassenden Informations- und Meinungsaustausch gewährleisten und eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit betreiben.
3. Die Stadt Pirmasens soll dem weltweiten Bündnis „Bürgermeister für den Frieden“ beitreten!
4. Kein Besuch von „Jugendoffizieren“ der Bundeswehr an Pirmasenser Schulen!
5. Sogenannte „Kriegerdenkmäler“ im Stadtgebiet sollen mit einem Friedensappell ausgestattet und in „Mahnmale für den Frieden“ umbenannt werden.
6. Registrierung und Veröffentlichung rassistischer Übergriffe sowie psychosoziale und juristische Beratung für Opfer rassistischer Äußerungen, Drohungen und Angriffen.
7. Öffentliche kommunale Berichterstattung zur Situation von Migrantinnen und Migranten.
8. Entwicklung eines kommunalen Antidiskriminierungsprogramms mit der Möglichkeit der Einführung von Quoten sowie antirassistische Fort- und Weiterbildung für im öffentlichen Dienst Beschäftigte.
9. Keine Gewährung öffentlichen Raums für rechtsextremistische Parteien, rechte Gewalttäter und Neonazis (einschl. der Vermietung und Verpachtung v. Räumlichkeiten durch Privatpersonen).
10. Aktive Beteiligung an Bürgerinitiativen gegen neofaschistische Bestrebungen und Unterstützung von Demonstrationen gegen Naziaufmärsche.
11. Jegliche Erscheinungsformen des Rechtsextremismus müssen als ordnungsrechtliche, polizeiliche und juristische Aspekte - und als Problem regionaler Entwicklung - wahrgenommen und strategisch verfolgt werden.
12. Bereits bestehende Programme, Verbände und Vereine, die sich für die Ächtung von Gewalt und Intoleranz einsetzen, müssen auf Dauer finanziell und personell zu unterstützt werden.

13. Antifaschistische Aktivitäten, die mit erheblichem Engagement, Kosten- und Zeitaufwand für Pirmasens organisiert werden, dürfen zukünftig nicht nur politisch sondern müssen auch finanziell unterstützt werden.

### **Stadtentwicklung den demographischen Bedürfnissen anpassen**

Der demografische Wandel führt zu einer dramatischen Abnahme der Bevölkerung in Pirmasens und der Region in den nächsten beiden Jahrzehnten. Die technische Infrastruktur ist vor diesem Hintergrund vielfach überdimensioniert und muss den Erfordernissen angepasst werden. Andere infrastrukturelle Konsequenzen aus der demografischen Entwicklung sind noch gar nicht gezogen. Insofern bietet die anstehende Anpassung auch Chancen zur Neugestaltung einer lebenswerten Stadt und ihres Umfeldes.

Städte und Gemeinden sind dabei jedoch auf die Unterstützung des Bundes und der Länder angewiesen. Die angebotenen Förderinstrumente und -mittel sind dem sich ändernden Bedarf anzupassen und unbedingt auf den bisher völlig vernachlässigten ländlichen Raum zu erweitern. Dabei sollen aber auch die Potenziale kleine und mittelständischer Unternehmen stärker genutzt und in die öffentliche Auftragsvergabe einbezogen werden.

Erforderlich ist ein Paradigmen-Wechsel von der jahrzehntelang auf Wachstum orientierten Entwicklung hin zu einem kontrollierten und sozialen Stadtum- und -rückbau. Kommunalpolitik hat die Aufgabe, diesen Prozess demokratisch, verantwortungsbewusst, sachgerecht und sozial verträglich zu planen, zu entscheiden. Unser Maßstab ist eine soziale, revitalisierte und barrierefreie Kommune, die eine Nutzungsmischung von Wohnen, Grundversorgung, Handel, Arbeiten und Freizeit gewährleistet.

### **DIE LINKE. Pirmasens fordert:**

1. Erhalt und Schaffung bedarfsgerechter und bezahlbarer Wohnungen für alle Bevölkerungsschichten in einem lebenswerten Wohnumfeld.

2. Den Erfordernissen generationsübergreifenden Zusammenlebens gerecht werden z.B. durch zentrumsnahe und altengerechte Wohnungen, sozialräumliche Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern, Bürgerbegegnungs-Zentren, Strukturen gegenseitiger Nachbarschaftshilfe und öffentliche Mehr-Generationen-Häuser.

3. Erhalt und Entwicklung des Stadtzentrums. Zur Beseitigung bzw. Vermeidung von Brachen sind das Verursacherprinzip bzw. gesicherte Rückbauverpflichtungen anzuwenden. Für die leerstehende Kaufhalle soll ein Konzept „soziales Kaufhaus“ in der Trägerschaft der Stadt Pirmasens und unter Beteiligung der Kirchen und Sozialverbände erarbeitet werden. Das soziale Kaufhaus soll insbesondere die Lebensmittelversorgung für Menschen mit geringem Einkommen im Stadtzentrum gewährleisten. Private Investoren sind willkommen.

4. Mehr Wohn- und Lebensqualität durch eine kinder- und altengerechte Stadtentwicklung und Schaffung von mehr Grün- und Erholungsflächen.

5. Keine weiteren Baulandausweisungen im Außenbereich, um den Leerstand in der Innenstadt zu begrenzen. Belegung der Innenstadt durch eine strikte Ansiedlungspolitik. Eine dichte Bauweise (je kompakter die Bauweise desto geringer der Heizungsbedarf) und die Südausrichtung größerer Gebäudeflächen ermöglicht aktive und passive Solarenergienutzung, die wir fordern. In neuen Baugebieten soll die CO<sup>2</sup> Bilanz ausgeglichen sein. Der zu erwartende CO<sup>2</sup> Eintrag von Neuerschließungen soll durch zusätzliche Bepflanzungen gemindert werden.

6. Für Abrissflächen sind Nachnutzungs- oder Zwischennutzungs-Konzepte zu entwerfen. Das Programm Stadtumbau West ist finanziell so auszustatten, dass stadt- und sozialverträgliche Rück- und Umbaukonzepte realisiert werden können. Das Programm Soziale Stadt, das Städtebauförderung mit Beschäftigungsförderung verbindet, muss

ausgebaut werden. Die Mitwirkung der Kommunen und der Bewohner/innen ist zu stärken. Alle staatlichen Fördermittel zur sozialen Wohnraum- und Stadtentwicklung sind zu bündeln und den Kommunen muss mehr Eigenverantwortung zur flexiblen und bedarfsgerechten Verwendung eingeräumt werden. Bedarfe für Kleingewerbe und Selbständige sowie bürgerschaftliches Engagement sind vor einem Abriss gründlich zu prüfen. Die Baumaßnahmen sind so zu planen und durchzuführen, dass kurze Bauzeiten und geringe Belastungen für die Betroffenen erreicht werden.

7. Das Pirmasenser Bahnhofsgebäude muss umfassend saniert und mit einer Toilettenanlage ausgestattet werden. Langfristig soll aus dem Bahnhofsgebäude ein Infrastruktur- und Logistikzentrum für Regionalverkehr und Tourismus entstehen. Sollte die DB Station & Service AG bereits zugesagte Renovierungsmaßnahmen weiter verweigern, soll das Bahnhofsgebäude von der Stadt Pirmasens angekauft werden. Dahingehende Verhandlungen sind zu intensivieren und der entsprechende politische Druck zu entfalten.

8. Die Stadtentwicklungsgesellschaft und der Marketingverein in Pirmasens müssen offensiver für die Belange der Stadt Pirmasens eintreten. Es genügt nicht, Ansprechpartner vor Ort zu sein und Imagepflege zu betreiben. Vielmehr müssen die Verantwortlichen verstärkt regional und bundesweit Akquise für eine mögliche Gewerbe- und Industrieansiedlung im Raum Pirmasens betreiben. Vorhandene Netzwerke müssen besser genutzt und neue Kontakte geknüpft werden. Insbesondere sollen Fördermöglichkeiten der EU besser ausgeschöpft und einbezogen werden. Sämtliche Planungen, Entscheidungen und Ergebnisse im Bereich Stadtentwicklung müssen öffentlich transparent und verständlich dokumentiert, diskutiert und eine direkte Bürgerbeteiligung stärker als bisher gewährleistet werden.

Dringender Reformbedarf besteht zudem im politischen Verhältnis zum Landkreis Südwestpfalz. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit und die Nutzung von Synergieeffekten muss Vorrang vor Konkurrenzdenken haben. Nur gemeinsam können die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Region in einem regionalen Gesamtentwicklungskonzept gelöst werden.

9. Keine weiteren Prestige- und zweckfremde Großbauobjekte, dafür mehr kleinteilige soziale, ökologische und kulturelle Projektförderung.

10. Umfassende Sanierung, fußgängergerichte Neugestaltung und bauliche Verschönerung der Pirmasenser Treppen unter den Gesichtspunkten Offenheit, Zugänglichkeit und zusätzlicher ästhetischer Gestaltung durch Grünanlagen und Kunstobjekte.

11. Keine weitere Verschandelung des Stadtbildes durch monströse, langweilig gleichförmige und phantasielose Stier-Skulpturen des Pirmasenser Marketing-Vereins. Keine Überdachung der Fußgängerzone.

12. Mehr öffentliche sanitäre Anlagen, insbesondere im Strecktalpark sowie umfassende Renovierung bereits bestehender Anlagen, Sanierung der Straßenbeleuchtung und Fußgängerüberwege, Überdachung von Bushaltestellen auch außerhalb des Kernstadtgebietes.

13. Mehr Bolz- und Spielplätze und kindergerechte Sanierung der bereits bestehenden Anlagen, insbesondere in den Wohngebieten. Wir begrüßen die Renaturierung des Strecktales unter ökologischen Gesichtspunkten und als Naherholungsgebiet unter Berücksichtigung eines umfassenden Umweltschutzes.

14. Das Geh- und Radwegenetz muss verkehrs- und fußgängergerichte ausgebaut werden, die Planung dazu erfolgt in jährlichen Schwerpunktabschnitten mit haushaltskonkreter Untersetzung. An Knotenpunkten sollen überdachte Radabstellmöglichkeiten mit Servicestationen entstehen.

15. Eine „grüne“ Stadt durch Pflege und Ergänzung des Systems der Grünanlagen, des Straßenbegleitgrüns und Begrünung von Wohngebieten sowie Erhaltung und Pflege von Kleingärten und Blumenbeeten.

16. Ausgewiesene, aber nicht genutzte Gewerbegebiete sollen auf Eignung für Wohnbebauung geprüft und gegebenenfalls umgewidmet werden. Stadtsanierung darf nicht dazu führen, dass finanzschwächere Bevölkerungsgruppen aus ihren angestammten Wohnungen oder gar Quartieren vertrieben werden. Einwohner- und Mieterbeteiligung bei Neubau, Modernisierung und Sanierung, speziell bei der Wohnumfeldgestaltung, sind zu gewährleisten.

17. Bebauungspläne müssen durch Wettbewerbe ermittelt werden. Hier sind soziale, ökologische und historische Aspekte zu berücksichtigen und Verkehrsplanungen dürfen nicht ohne städtebauliche Begleitplanung erstellt werden.

### **Öffentlicher Personennahverkehr – Bezahlbare Mobilität für alle**

Eine radikale Neustrukturierung der Verkehrspolitik im Rahmen der öffentlichen Hand ist dringend erforderlich. Insbesondere der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist finanziell und strukturell so zu fördern, dass er attraktiver und eine tatsächliche Alternative zum Individualverkehr wird. Dabei fordern wir besonders einen behindertengerechten und barrierefreien Ausbau des ÖPNV. Darüber hinaus sind ergänzende umweltfreundliche Mobilitätsangebote, insbesondere Carsharing und Fahrradverkehr gezielt zu unterstützen.

Pirmasens braucht ein attraktives, leistungsfähiges und umweltgerechtes Verkehrssystem. Mobilität ist so zu sichern, dass niemand auf das Auto angewiesen ist. DIE LINKE will den innerstädtischen Autoverkehr in und um Pirmasens langfristig durch attraktive und benutzerfreundlich getaktete Alternativen reduzieren und ergänzen. Dazu erfolgt die Anbindung an ein preislich attraktives Park-/Bike-and-Ride-System und ein einheitliches Innenstadtparksystem. Wir wollen bezahlbare Angebote im Öffentlichen Personennahverkehr für Alle. Für Straßen, die besonders stark von Lärm und Feinstaub belastet sind, brauchen wir Aktionspläne und deren konsequente Umsetzung. Verbesserungen des Oberflächenbelages, Geschwindigkeitsbeschränkungen, Verlagerung der Verkehrsströme und die Einrichtung von verkehrsberuhigten Zonen können hier entlasten.

Wir wollen eine rheinland-pfälzische Flächenbahn mit einem integralen Taktfahrplan und eine bedarfsorientierte Sanierung des Schienennetzes. Weitere Streckenstilllegungen und die Privatisierung der Bahn lehnen wir ab. Wir brauchen ein zeitgemäßes und in die Zukunft gerichtetes Angebot im Personen- und Güterverkehr. Damit verbunden ist eine integrale Vernetzung von Fern- und Nahverkehr, um schnellere Transport- und Reisezeiten sowie eine direkte Verbindung von Wirtschaftsräumen zu gewährleisten

Die Abschaffung der Pendlerpauschale ist für ein Flächenland wie Rheinland-Pfalz untragbar. Für die meisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hängen Flexibilität bei der Berufswahl und die Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes entscheidend von der steuerlichen Absetzbarkeit der dabei entstehenden Fahrtkosten ab. Wir fordern eine Bundesratsinitiative des Landes Rheinland-Pfalz zur Wiederherstellung der Pendlerpauschale.

### **DIE LINKE. Pirmasens fordert:**

1. Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) muss als politische Verpflichtung auf Umwelt- und Sozialverträglichkeit, Mobilitätssicherung und städtebauliche Integration ausgerichtet sein und vollständig in kommunaler Hand bleiben. Wir fordern eine deutliche Senkung der Fahrpreise, die Einführung eines städtischen Sozialtickets und streben langfristig einen umlagefinanzierten kostenfreien ÖPNV an.

2. Kostenfreie Schülerbeförderung an Schultagen im Stadtgebiet ohne Einschränkungen als Sofortmaßnahme. Die Einführung eines Nachtbusangebotes soll geprüft werden.
3. Barrierefreie Ausstattung aller Busse und Haltestellen, bedarfsgerechte Ausstattung und Aufstockung des Fuhrparks unter ökologischen Gesichtspunkten, Vorfahrt für städtische Busse an allen Verkehrskreuzungen. Einsatz der bisherigen Großfahrzeuge ausschließlich in den Hauptnutzungszeiten sowie Anschaffung und Einsatz moderner Kleinbusse für Nebenzeiten und für die Versorgung der Gebiete, die nicht an den Hauptstrecken liegen.
4. Bessere Verkehrssicherheit in der Stadt durch verkehrsorganisatorische und bauliche Maßnahmen sowie eine gestärkte präventive Verkehrs- und Mobilitätserziehung, sichere Fußgängerwege und ausreichende Querungsmöglichkeiten stark befahrener Straßen, den weiteren Ausbau des Radwegenetzes und mehr Sicherheit auf Schul- und Spielwegen. Wo es möglich ist, wollen wir die Öffnung aller Einbahnstraßen für den Radverkehr sowie abmarkierte Radstreifen auf der Fahrbahn.
5. Schnellere Verbindungen im ÖPNV, kürzere Taktzeiten insbesondere von und zu den eingemeindeten Vororten. Im Stadtgebiet sehen wir einen integrierten 10-Minuten-Takt als Mindestvoraussetzung an. Das Angebot von alternativen Bedienungsformen wie Anrufsammeltaxen, Mini- und Rufbussen muss deutlich verbessert und professioneller organisiert werden, insbesondere durch Koordinierung mit den Angeboten des Landkreises. Warte- und Ausfallquoten beim Anrufsammelverkehr (ASV) müssen deutlich reduziert werden. Keine zusätzlichen Fahrpreise im Anrufsammelverkehr bei ansonsten im Stadtgebiet gültigen Fahrscheinen.
6. Städte und Gemeinden in der Region müssen mit einem zuverlässig getakteten Busverkehr angebunden werden. Flächendeckender Einsatz von Ruf taxis auch im ländlichen Bereich im Stundentakt sowie entsprechende Serviceangebote an Wochenenden und Feiertagen.
6. Umfassende Sanierung kommunaler Straßen muss Vorrang vor Straßenneubau haben. Dazu muss eine bedarfsorientierte Prioritätenliste sanierungsbedürftiger Straßen im Stadtgebiet erstellt und verbindlicher Zeitplan zur Sanierung erstellt werden.
7. Schrittweise Ausdehnung der Fußgängerzone und Vermehrung von autofreien Straßen und verkehrsberuhigten Bereichen. Wir fordern Tempo 30 im gesamten Stadtgebiet. Parkgebühren sind deutlich zu senken und an die Durchschnittspreis der Region anzupassen. Besitzer einer ÖPNV-Jahreskarte oder einer Jahreskarte im Verkehrsverbund sollen auf Wunsch eine Vignette erhalten können, die nach Anbringung an der Windschutzscheibe des selbstgenutzten PKW die anfallenden Parkraumbewirtschaftungsgebühren um jeweils 1 Stunde ermäßigen.
8. Sinnvolles Routenkonzept für LKW, um die Abkürzung des Autobahn und Bundesstraßen Schwerlastverkehrs durch die Stadt zu unterbinden.

### **Umweltschutz und Klimabündnis – Orientierung für die Zukunft**

Umweltschutz ist Menschenschutz und muss zu einer Kernaufgabe der Politik werden, denn wir wollen unseren Kindern eine intakte und lebenswerte Umwelt hinterlassen. Deshalb müssen grundsätzlich alle kommunalpolitischen Maßnahmen auf ihre Umweltverträglichkeit überprüft werden. Dies gilt insbesondere für die Verkehrsplanung sowie den Flächennutzungs- und Bebauungsplan. Umweltschutz ist ebenso Verbraucherschutz und gerade im Lebensmittelbereich müssen scharfe Kriterien für eine gesunde und natürliche Ernährung festgeschrieben werden. Der Versiegelung von Flächen in Städten und Gemeinden ist Einhalt zu gebieten und ökologisch sinnvolles Bauen muss Vorrang haben. Die Kommunen müssen überdies ermächtigt werden, in ihren örtlichen Bauvorschriften die

Versickerung, Verregnung oder Verrieselung von Niederschlagswasser auf den Baugrundstücken vorzuschreiben. Beim Bau und der Renovierung von öffentlichen Plätzen, Parkplätzen und anderen großen Planflächen ist die Verwendung von Rasenpflaster statt Asphalt gesetzlich vorzuschreiben.

DIE LINKE unterstützt Bürgerinnen und Bürger, die unter dem Motto „Global denken, lokal handeln“ für eine lokale Agenda 21 in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld wirken und damit einen wichtigen Beitrag zum sozial-ökologischen Umbau der Stadt und der Region leisten. Zukunft braucht politische Vision – auch im kommunalen Bereich, wo leider allzu oft die sogenannten Sachzwänge regieren.

### **DIE LINKE. Pirmasens fordert:**

1. Verankerung von Umweltschutzzinhalten bei der Aus- und Fortbildung der Verwaltung. Beitritt zur lokalen „Agenda 21“.
2. Regelmäßige Erstellung von Umweltschutzberichten und Bilanzen mit Offenlegung der Situation, der Wirksamkeit eingeleiteter Maßnahmen und den daraus abgeleiteten Handlungsmöglichkeiten.
3. Aufbau eines Umweltinformationssystems, in dem alle umweltrelevanten Daten erfasst werden und ständig aktualisierte Umweltdaten im internet. Dem "Klimabündnis der europäischen Städte" gehört die Stadt Pirmasens seit 1997 an. Passiert ist seither nicht viel. Bei der Mitgliederversammlung 2007 wurde vereinbart bis spätestens 2030 eine Halbierung der pro Kopf-Emissionen gegenüber dem Basisjahr 1990 zu erzielen. Das bedeutet eine Verminderung der Treibhausgasemissionen auf ein nachhaltiges Niveau von 2,5 Tonnen CO<sup>2</sup> pro Einwohner und Jahr. Die Zahlen für Pirmasens liegen nicht vor. Wir fordern deshalb die Stadtverwaltung auf, die CO<sup>2</sup> Statistik zu veröffentlichen und das veraltete CO<sup>2</sup> Minderungskonzept der Stadt Pirmasens durch ein aktuelles zu ersetzen.
4. Einrichtung einer kommunalen Beratungsstelle mit einer intensiven Verbraucher- und Umweltberatung zur Energie- und Wassereinsparung. Hier erhalten Privathaushalte kompetente Beratung über die Möglichkeiten der Energieeinsparung – z.B. Energiepass für Gebäude – sowie effektive Heizungssysteme beraten. Derartige Beratungen könnten auch in Kooperation mit der Verbraucherzentrale erfolgen.
5. Kommunales Investitions- und Beschäftigungsprogramm zur Instandhaltung und energetischen Sanierung für ältere Gebäudebestände. Die Bauhilfe GmbH soll hier Vorbildfunktionen übernehmen und für diese Aufgabe auch auf kommunale Kredite zurückgreifen können. Das gleiche gilt für öffentliche Gebäude wie Schulen, Sportstätten und Verwaltungsgebäude.
6. Aufnahme energetischer Standards bzgl. Wärmedämmung, effektiver Heizungssysteme und Möglichkeiten alternativer Energienutzung bei der Aufstellung von Bebauungsplänen. Über die örtlichen Stadtwerke sind derartige energiesparende Maßnahmen zu fördern. Kommunale Neubauten ausschließlich in Niedrigenergiebauweise unter Einsatz moderner Materialien und Techniken zur Energieeinsparung.
7. In Schwimmbädern, Schulen, Krankenhäusern und anderen größeren öffentlichen Einrichtungen gehören eigene Kleinkraftwerke mit Kraftwärmekopplung zum ökologischen Erneuerungsbedarf. Solaranlagen zur Wärmezeugung oder Photovoltaikanlagen zur Stromerzeugung gehören auf alle kommunalen Dächer, hier muss auch die Vorbildfunktion der Stadt erkannt werden.
8. Die Stadt Pirmasens und der Landkreis sollen in Zusammenarbeit mit den Naturschutzverbänden verstärkt Fauna-Flora-Habitat-Flächen und Gebiete (FFH- Flächen) für den Tier- und Artenschutz ausweisen. Wir fordern die Erstellung einer

Baumschutzverordnung für die Stadt Pirmasens, um einer leichtfertigen Abholzung von Laubbäumen in der Stadt vorzubeugen.

9. Extensive Nutzung brachliegender Grünlandflächen und den Schutz und die Wiederherstellung von natürlichen Landschaften.

10. Schadstoffkontaminierte Böden sind zu untersuchen und gegebenenfalls zu sanieren. Schadstoffmessungen bei ersten Verdachtsmomenten, speziell in Kindergärten, Schulen und Krankenhäusern.

11. Versiegelte, nicht mehr benötigte Flächen im Stadtgebiet sollen entsiegelt und begrünt werden. Wir fordern Pflege und Erhalt vorhandener Parks und Grünanlagen sowie Hof-Fassaden- und Dachbegrünungen.

12. Die außergewöhnlich schöne natürliche Umgebung von Pirmasens und die damit verbundenen Chancen für den Umwelttourismus und die Umweltbildung stärker zu fördern und zu nutzen.

13. Ausbau und Unterstützung der Verbraucherzentrale, um langfristige und niveauvolle Verbraucherberatung zu gewährleisten. Umfangreiche Kontrollen des Amtes für Verbraucherschutz in den Bereichen der Lebensmittelsicherheit und insbesondere bei der Einhaltung der Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Lebensmittel auf Verpackungen und in der Gastronomie.

14. Mit Mobilfunkunternehmen sollen Vereinbarungen getroffen werden, damit die Strahlenbelastung die niedrigen Schweizer Grenzwerte nicht überschreiten. Dies ist jetzt schon problemlos technisch möglich und dient der Gesundheitsvorsorge. Die Standorte von Mobilfunkantennen sollen im internet veröffentlicht werden.

### **Kultur und Sport – Teilhabe für alle gewährleisten**

Es ist heute unumstritten, dass Theater, Kino, Museen und Kultureinrichtungen Standortfaktoren sind, die viel zur Wirtschaftsförderung beitragen können, ohne darauf reduziert werden zu dürfen. Dabei darf die Förderung kostenträchtiger Prestigeobjekte aber nicht zur Benachteiligung bei der Förderung lokaler Initiativen und der freien Szene führen. Wir wollen vielfältige Eigeninitiativen für kulturelle und künstlerische Aktivitäten anregen und unterstützen, um ein breites kulturelles Angebot zu erhalten und auszubauen. Dies ist nur gemeinsam mit allen Beteiligten möglich und erfordert den Erhalt kommunaler Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen.

Kultur schließt Sport als untrennbaren Bestandteil der Selbstverwirklichung der Menschen ein. Sport bewirkt neben der Erhaltung und Förderung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit auch Gemeinschaft mit anderen und hat integrative Funktionen. Eine große Bedeutung messen wir dem Breitensport, insbesondere dem Kinder- und Jugendsport bei. Wir unterstützen das Streben nach Selbstverwirklichung und Entfaltung des sportlichen Talents.

### **DIE LINKE. Pirmasens fordert:**

1. Sportvereine, -gruppen, und -initiativen, insbesondere mit hohem Anteil von Kindern, Jugendlichen und/oder sozial schwachen Mitgliedern, sind kontinuierlich finanziell zu fördern und Übungsleiter zu unterstützen.

2. Für finanziell schwächere Bürgerinnen und Bürger (insbesondere ALG II-Empfänger) wollen wir eine Subventionierung von Eintrittsgeldern und Mitgliedsbeiträgen in Vereinen erreichen.

3. Vorhandene Sportflächen und -stätten sind zu erhalten, weiterzuentwickeln und auszubauen. Sportstätten sollten auch für nicht in Vereinen organisierte Menschen geöffnet sein und ihrer schleichenden Privatisierung Einhalt geboten werden.
4. Förderung des nicht organisierten Freizeitsports durch die Schaffung geeigneter Möglichkeiten, wie frei zugänglicher Sporteinrichtungen, Wanderwege und Sportpfade.
5. Kultur darf keine Restgröße sein, deren Etat gegen Null tendiert. Kultur und Kulturarbeit ist vielmehr die Basis für eine tolerante, solidarische, offene und innovative Gesellschaft. DIE LINKE steht eindeutig zum Grundsatz, dass Kultur eine öffentliche Aufgabe ist und auch in Zukunft bleiben muss. Kultur hat zudem sozialintegrative Bedeutung, stellt einen Standort- und Imagefaktor dar und fördert Innovationspotential.
6. Kultur- und Medienpolitik sollen der Trägervielfalt kultureller Produktion gerecht werden, öffentliche und gemeinnützige Institutionen, unabhängige Verlage, Studios, Agenturen und künstlerische Produktionsfirmen wollen wir fördern.
7. Die Förderung des Lesens im Ausgleich zu den modernen Medien sollte einen großen Stellenwert haben. Die Qualität und Auswahl der vorhandenen Bücher und Medien in der Stadtbücherei muss dringend verbessert werden. Kostenlose Ausleihe für sozial Bedürftige und Kinder bis 16 Jahren.
8. Förderung von kulturellen Einrichtungen in den einzelnen Stadtteilen. Kulturelle Integration von Migranten durch Identitätsförderung von Menschen direkt im Wohnumfeld. Finanzielle Mittel für die Beschäftigung von Kulturarbeitern in den Stadtteilen, insbesondere in Wohnvierteln mit hohem Migrantenanteil.
9. Weitere historische Aufarbeitung des Holocaust in Pirmasens und Unterstützung für die entsprechenden Initiativen. Errichtung eines Holocaust-Denkmal vor dem Pirmasenser Rathaus und Verlegung von „Stolpersteinen“ zur Erinnerung an ermoderte jüdische Bürgerinnen und Bürger.

### **Reform der Gemeindefinanzierung – Aufgabe für Stadt, Land und Bund**

Die bestehende strukturelle Schieflage der kommunalen Finanzausstattung im föderalen System muss dauerhaft und nachhaltig überwunden werden. Die Kommunen brauchen Stabilität und Planungssicherheit, aber auch nominal deutlich höhere Einnahmen. Erst dann können die Städte, Gemeinden und Kreise angemessen zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme in der Bundesrepublik beitragen.

Die hochdramatische Situation des Landeshaushalts und der meisten Kommunalhaushalte lässt sich im Land mit eigener Kraft nicht mehr überwinden. Sie wird im Gegenteil durch eine negative Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung ständig weiter verschärft. Die notwendige Konsolidierung des Landeshaushalts und des Ausgleichs vieler Kommunalhaushalte ist nur zu erreichen, wenn durch bundespolitische Entscheidungen mehr Geld in die öffentlichen Kassen fließt.

Es hat keinen Sinn, sich an einem Wettbewerb um die niedrigsten Grund- und Gewerbesteuerhebesätze zwischen den Kommunen zu beteiligen. Dieser Wettbewerb führt nur dazu, dass große Firmen und Immobilienbesitzer zusätzliche Steuervorteile einstreichen und nach dem Auslaufen der Fördermaßnahme in die nächste Stadt oder den nächsten Landkreis umziehen, um erneut Fördergelder einzustreichen. Dieser „Wanderzirkus“ führt im Endergebnis für die Kommunen zu noch größeren Löchern in den Haushalten und hat keinen nachhaltigen Effekt für den Arbeitsmarkt und die wirtschaftliche Entwicklung.



## **DIE LINKE. Pirmasens fordert:**

1. Verstärkte politische Bemühungen der Stadt Pirmasens im Verbund mit anderen Kommunen zur Durchsetzung einer kommunalen Finanzreform mit folgenden Kernpunkten:

a) Die Bemessungsbasis der Gewerbesteuer soll durch Einbeziehung ertragsunabhängiger Elemente wie Mieten, Pachten, Leasingraten und Lizenzgebühren deutlich verbreitert und damit zugleich deren derzeit hohe Konjunkturabhängigkeit eingeschränkt werden. Die Steuerpflicht soll auf Freiberufler – wie Ärzte, Anwälte, Architekten – ausgedehnt werden. Dieser Personenkreis soll die neue Steuerlast aber mit der Einkommensteuer verrechnen können. Im Gegenzug können die Steuersätze für die Gewerbesteuer gesenkt werden, wovon vor allem kleine und mittelständische Unternehmen sowie Handwerksbetriebe profitieren. Gleichzeitig sollen die Möglichkeiten für Verlustvor- und nachträge bei der Gewerbesteuer zeitlich und der Höhe nach deutlich begrenzt werden.

b) Die Grundsteuer ist unter verstärkter Berücksichtigung ökologischer und stadtentwicklungspolitischer Belange zu modernisieren und entsprechend neu auszurichten.

c) Die Anteile des Bundes, der Länder und insbesondere der Kommunen an den Gemeinschaftssteuern werden neu geordnet. Der kommunale Anteil soll nicht mehr überwiegend nach der sehr unterschiedlichen Wirtschaftskraft der Kommunen, sondern ausschließlich nach Einwohnerzahlen verteilt werden. Ziel ist, dass gerade auch die finanzschwächeren Kommunen stetig und deutlich mehr Geld bekommen. Dazu wird der Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer von derzeit 2,2 auf 20 Prozent erhöht, im Gegenzug jedoch die Beteiligung der Kommunen an der Einkommensteuer gestrichen.

d) Aus Bundesmitteln sollen kommunale Investitionspauschalen für finanzschwache Kommunen gezahlt werden, wenn sich gesamtwirtschaftliche Schieflagen ergeben, die die Bundesländer selbst nicht ausgleichen können. Einführung eines strikten Konnexitätsprinzips („wer bestellt, bezahlt“), das die komplette Finanzierung sämtlicher der Kommune übertragenen Aufgaben garantiert.

e) Der kommunale Finanzausgleich in den Ländern soll in angemessener Weise die Aufgaben Defizitfinanzierung, Erhöhung der kommunalen Investitionskraft, Herstellung von Chancengleichheit zwischen den so genannten „Leuchttürmen“ und den benachteiligten Gebieten, Ausgleich ökonomischer und sozialer Strukturprobleme sowie zwischen Stadt und Umland erfüllen.

f) Fördermittelprogramme müssen durch geeignete Pauschalisierungen und Verantwortungsübertragung auf kommunale und regionale Entscheidungsträger grundlegend vereinfacht werden.

## **Auf der kommunalen Ebene fordert DIE LINKE. Pirmasens:**

2. Die schrittweise Einführung eines partizipativen kommunalen Bürgerhaushaltes. (siehe auch „Mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung“). Ein wesentliches Element der bürgerlichen Selbstbestimmung ist das Wissen, wie die eigene Stadt mit dem Geld umgeht. Ein Bürgerhaushalt ist die transparente Darstellung des Haushaltsgeschehens und beteiligt die Bürgerinnen und Bürger direkt an Haushaltsentscheidungen.

3. Verabschiedung eines transparenten und verständlichen Haushaltsplanes, der die wichtigsten Haushaltsentscheidungen lesbar zusammenfasst und kostenlos für alle Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung gestellt wird.

3. Konsolidierung des Haushaltes nur unter dem Gesichtspunkt des Prinzips der sozialen Gerechtigkeit. Haushaltskonsolidierung nicht zu Lasten der sozial Schwächeren, der Beschäftigten der Stadtverwaltung und des einfachen Mittelstandes.
4. Unterstützung sozial benachteiligter Familien bzw. Alleinerziehender mit Kindern durch zweckgebundene Förderungen und Zuschüsse.
5. Transparenz bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, Mindestlohn und Tarifbindung als Vergabekriterium bei öffentlichen Aufträgen, Nutzung aller Möglichkeiten der Vergabe öffentlicher Aufträge an regionale Unternehmen.
6. Die politisch Verantwortlichen müssen alle für die Kommunalentwicklung bedeutenden Haushaltstitel zur öffentlichen Debatte stellen. Nichtöffentliche Sitzungen zu Haushaltsfragen bedürfen einer konkreten, sachgemäßen und vorab veröffentlichten Begründung.
7. Freiwillige Aufgaben müssen hinsichtlich ihrer Bedeutung für die öffentliche Daseinsfürsorge gewertet und finanziert werden. Bereitstellung von 1 Euro pro Einwohner und Jahr in den Ortsteilen und Stadtteilen als selbstverwaltetes Budget.
8. Der kommunale Finanzausgleich muss entsprechend der Aufgabenverteilung zwischen Kreisen und Kommunen im Sinne einer kommunalen Solidargemeinschaft von Landkreisen, Städten und Gemeinden und unter Berücksichtigung der aktuellen Finanzlage diskutiert, festgesetzt und nachvollziehbar begründet sein.
9. Wegfall von unsinnigen Gebühren wie z.B. für einen Bescheid zur Nichtausübung des Vorkaufsrechts.
10. Reform der Friedhofsatzung hin zu sozial vertretbaren Gebühren und weniger bürokratischen Vorgaben.. In Pirmasens soll man ohne finanzielle Not auch wieder sterben dürfen und attraktiv für Interessenten für Ruheplätze werden.
11. Minimierung bei der Auftragsvergabe an Beraterfirmen und stattdessen qualifiziertere Auslese bei der Personalgewinnung. Die Stadtverwaltung wird für die inhaltliche Ausübung der ihr übertragenen Aufgaben bezahlt und nicht für deren teilweisen Transfer auf Dritte.
12. Kein Einsatz von städtischen Geldern für Finanzgeschäfte mit Gewinnabsicht. Das inkludierte und eventuell zu realisierende Risiko muss letztlich der nicht beteiligte Bürger tragen. Offenlegung aller noch laufenden Transaktionen dieser Art und uneingeschränkter Benennung des Risikos. Beschluss des Stadtrates auf Verbot solcher Transaktionen.
13. Scharfe Anwendung aller zurzeit rechtlich möglichen Sanktionen bei Verschwendung und Veruntreuung kommunaler Gelder.
14. Verzicht auf die Grunderwerbssteuer beim Verkauf von bebauten Innenstadt-Wohngebäuden zur Belebung und Ansiedlung neuer Bewohner auch im Hinblick auf die kommende demographische Entwicklung.

### **Kommunale Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik für die Menschen**

DIE LINKE sieht in der Kommunalwirtschaft eine tragende Säule der kommunalen Selbstverwaltung. Kommunale Unternehmen sind und bleiben für die Grundversorgung unbedingt erforderlich. Zur kommunalen Grundversorgung zählen wir soziale Dienstleistungen, Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallbeseitigung, Energie, Wohnen und ÖPNV. Diese Bereiche sollten in der Regel in öffentlicher Hand bleiben. Die Verantwortung für diese Bereiche muss von der öffentlichen Hand wahrgenommen werden.

Wir wollen, dass die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen auch auf neuen Geschäftsfeldern und ortsübergreifend möglich wird. Wir plädieren für eine stärkere Kooperation der Stadtwerke verschiedener Kommunen untereinander. Das so genannte Örtlichkeitsprinzip, das eine wirtschaftliche Betätigung der Kommunen über ihre Ortsgrenzen hinaus verbietet, sollte im Falle der wirtschaftlichen Kooperation aufgehoben werden.

Bei der Frage, ob notwendige Leistungen auf dem Wege der Ausschreibung durch Marktteilnehmer erbracht werden oder durch eigene Betriebe der Kommune, ist entscheidend, dass die kontrollierte Qualität der Leistungen und der Zugang aller Bürgerinnen und Bürger gegeben sind und keine Verschlechterungen bei den Arbeitsbedingungen der Beschäftigten eintreten. Außerdem müssen Formen der demokratischen Kontrolle der Unternehmensentscheidungen gefunden werden, um die Orientierung am Gemeinwohl nachhaltig zu sichern.

Das Image des Wirtschaftsstandortes Pirmasens bedarf einer umfassenden Neuausrichtung auf die realen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse. Slogans wie „das beste Pirmasens der Welt“, „Einkaufsstadt“ oder „deutsche Schuhmetropole“ sind inhaltsleere Worthülsen ohne reale Grundlage.

DIE LINKE Pirmasens bekennt sich zu einer gesellschaftspolitischen Utopie für ein soziales und ökologisches Pirmasens.

### **DIE LINKE. Pirmasens fordert:**

1. Vorrang für kommunale Eigenbetriebe. Es gibt keinerlei Veranlassung, kommunale Unternehmen ausschließlich in private Rechtsformen zu überführen. Die Linke wirbt vielmehr bei notwendiger Umwandlung kommunalen Eigentums für die Gründung von Genossenschaften, gemeinnützigen Gesellschaften (gGmbH), Anstalten des öffentlichen Rechts (AöR) oder Stiftungen.

2. Bei neuen Formen partnerschaftlichen Zusammenwirkens mit Unternehmen der Privatwirtschaft (Public Private Partnership – PPP) darf dies nur durchsetzbar sein, wenn der kommunale Einfluss gesichert ist, die kontrollierte Qualität der Leistungen und der Zugang aller Bürgerinnen und Bürger gegeben sind und keine Verschlechterungen bei den Arbeitsbedingungen der Beschäftigten eintreten.

3. Es müssen Formen der demokratischen Kontrolle der Unternehmensentscheidungen gefunden werden, um die Orientierung am Gemeinwohl nachhaltig zu sichern. Bei Verstößen muss eine Rückgabe in die öffentliche Hand jederzeit möglich sein.

4. Enge Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Personalvertretungen, die strikte Anwendung der Rechtslage sowie auch neue Wege – wie z. B. die Zustimmungspflicht der Bürgerinnen und Bürger bei Beteiligungen und Tochterbildungen kommunaler Unternehmen – sind unabdingbare Grundprinzipien.

5. DIE LINKE setzt sich gegen Bestrebungen der Europäischen Union ein, im Interesse privater Banken die kommunalen Sparkassen zu zerschlagen. Sparkassen in der Obhut der Kreise bzw. kreisfreien Städte gewährleisten – im Gegensatz zur Geschäftspolitik der Privatbanken – die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Finanzdienstleistungen, die Kreditierung kleiner und mittelständischer Unternehmen und die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Kommunal verankerte Sparkassen müssen erhalten werden.

6. Einführung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS). DIE LINKE tritt dafür ein, im soziokulturellen und ökologischen Non-Profit-Bereich einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit dauerhaften, sozial und tariflich gesicherten Arbeitsplätzen zu schaffen, in diesem Sinne eine Umverteilung der öffentlichen Ausgaben vorzunehmen sowie privatwirtschaftliches und genossenschaftliches Engagement für diesen

Sektor steuerlich zu begünstigen. DIE LINKE unterstützt den Weg, dass sich die Kommunen – auch in kommunaler bzw. grenzüberschreitender regionaler Kooperation – auf ihre Stärken besinnen, neue Entwicklungspotenziale arbeitsteilig erschließen (z.B. Region des Wissens, Region der dynamischen und flexiblen Aus- und Weiterbildung, Standort für neue Technologien, Stadt der bürger- und wirtschaftsnahen Verwaltungen, gemeinsame Erschließung historischer und kultureller Traditionen, Tourismusregion) und so zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen.

7. Was trotz knapper Kassen weiterhin in der kommunalen Wirtschaftsförderung möglich ist, muss durch die Stadt Pirmasens zielstrebig und nach dem Prinzip einer sozialen und solidarischen Wirtschaftspolitik betrieben werden. Dazu gehören Bestandspflege und Ansiedlungspolitik, Ausschreibungen mit klaren Qualitäts- und Kostenzielen, kleine Lose und „freihändige“ Vergabemöglichkeiten, Beseitigung von Innovationshemmnissen in der Liegenschaftspolitik, der Flächenausweisung und in der Festsetzung von Abgaben und Auflagen sowie Wagniskapital und Qualifikationsangebote für Existenzgründer.

8. Entwicklung regionaler, ökologischer und nachhaltiger Wirtschaftskreisläufe, in deren Gefolge Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden können. Durch Knüpfen und Verstetigen der Kooperationsbeziehungen zwischen den regionalen Wirtschaftsunternehmen, den Ausbau der Lieferbeziehungen einschließlich der Transporte zwischen den Wirtschaftsunternehmen sowie das Halten von Kapital in der Region und dessen Einsatz für die Region können regionale Wirtschaftskreisläufe befördert werden.

9. Unterstützung der ansässigen kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) und die Ansiedlung weiterer Betriebe, neben der Dienstleistungs- und Kreativbranche auch des produzierenden Gewerbes.

10. Besondere Berücksichtigung von ortsansässigen Unternehmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträgen bei gleichzeitiger Einhaltung der Tariftreue sowie der Erfüllung sozialer und ökologischer Kriterien.

11. Vorbildfunktion der städtischen Betriebe und der Stadtverwaltung durch die Realisierung einer Quote von mindestens 10 Prozent Auszubildenden in der Belegschaft und durch Übernahmegarantien. Einrichtung eines städtischen Fonds, der Existenzgründungen und Ausgründungen studentischer und wissenschaftsbasierter Unternehmen unterstützt.

12. Aufbau von wirtschafts- und technologischen Kompetenzzentren. Dazu können kommunalpolitische Bündnisse beitragen, die der Vernetzung von regionalen Wirtschaftskreisläufen, der Unterstützung von Unternehmensgründungen, dem Technologietransfer, der kooperativen Ausbildungs- oder Absatzförderung dienen. Als Träger und Akteure solcher Bündnisse sollten Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Gewerkschaften, Wirtschafts- und Technologieunternehmen gewonnen werden.

13. Der Ausbau des Messestandortes ist deutlich zu reduzieren und der tatsächlichen Nachfrage und realistischen wirtschaftlichen Entwicklung anzupassen. Messe-Konzepte, die ihrem Charakter nach Trink- und Essfesten mit kulturellem Rahmenprogramm gleich kommen, werden nicht benötigt. Das Konzept eines „Pfälzerwald-Zentrums“ für Tourismus, Sport und Fremdenverkehr ist dagegen begrüßenswert und sollte fortgeführt werden.

14. Ausbau der touristischen Infrastruktur, insbesondere des Hotel- und Nahverkehrsangebotes, sowie die Entwicklung von Ganz- und Mehrtageskonzepten, um die Zahl der Gäste und auch ihre Aufenthaltsdauer in Pirmasens zu erhöhen.

15. Die kommunale Beschäftigungsgesellschaft GBI muss sich völlig neu orientieren und einer kompetenten kommunalpolitischen Aufsicht unterstellt werden, die ihrer Verantwortung

gerecht wird. Wir fordern die Bildung eines Bürgerbeirates, der die Arbeit des Aufsichtsrates kontrolliert und für politische Unabhängigkeit sorgt. Die Einbindung von jungen Menschen in Perspektiven eröffnende Arbeitsmarktprogramme, die Ausrichtung der Arbeitsförderungsmaßnahmen auf die Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt und die gezielte Förderung von Langzeitarbeitslosen, um ihnen durch Eingliederung in den Arbeitsmarkt ein Leben in Würde und neue existenzsichernde Perspektiven zu eröffnen, sind für eine kommunale Beschäftigungsgesellschaft unerlässlich.

**Beschlossen auf der Mitgliederversammlung des Stadtverbandes  
DIE LINKE. Pirmasens am 5. November 2008.**